

**IUT-Prioritäten für das Europäische Parlament 2019-2024**

Mit der Wahl des nächsten Europäischen Parlaments können sich die Bürgerinnen und Bürger für ein soziales, friedliches und vereintes Europa entscheiden, eine offene Gesellschaft, die Fortschritt für viele mit dem Geist der Solidarität vereint.

Die Europäische Union hat den Menschen in Europa Freiheit, Demokratie und die längste Periode des Friedens in ihrer Geschichte gebracht. Wenn Migrationsbewegungen nicht durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum begleitet werden, verschärfen sie die Wohnungsnot in den europäischen Metropolen. Nationalistische Bewegungen nutzen diese Entwicklung, um gegen Einwanderer zu hetzen und gegen die Errungenschaften der europäischen Einheit und Integration zu kämpfen. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zu fördern, ist daher nicht nur ein Gebot der Sozialpolitik, sondern eine Maßnahme zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Wohnen ist eine der Schlüsselfragen für das nachhaltige Wohlergehen aller Menschen. Daher tritt der internationale Mieterbund für eine bessere Wohnungspolitik in einem sozialeren Europa ein.

**Wohnen ist ein Grundrecht**

Ein Drittel der EU-Bürger leben in Mietwohnungen. Das Mietrecht wirkt sich auf das tägliche Leben einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürger aus. Um für Mieterinnen und Mieter einen Status auf Augenhöhe zu ermöglichen, ist es entscheidend, dass das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten in ihrer Politik für Mieterschutz und bezahlbaren Wohnraum unterstützt.

Mit der Annahme des Lissabon-Vertrags im Jahr 2009 ist die Charta der Grundrechte der Europäischen Union neben den EU-Vertragsbestimmungen Primärnorm der EU. Die Europäische Union ist verpflichtet dafür zu sorgen, dass soziale Belange in den Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden.

Um die soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union nach Artikel 34 das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Maßgabe des Unionsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten

Jeder sollte das Recht auf eine bezahlbare und menschenwürdige Wohnung haben.

**Gerechte Wohnungspolitik ist entscheidend**

Aufgrund der Wirtschaftskrise 2008 und der Eurokrise in mehreren EU-Mitgliedstaaten haben die Sparmaßnahmen die Wohnungskrise und die Obdachlosigkeit verschärft. Die Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnraum sind während der letzten Dekade in allen EU-Mitgliedstaaten steil gesunken. Trotz entsprechender Zusagen im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ hat die EU nicht Millionen von Bürgern aus Armut und sozialer Ausgrenzung gebracht. Mitgliedstaaten haben die Förderung für soziale und bezahlbare Mietwohnungen zurückgezogen. Stattdessen wurde die Wohneigentumsförderung mit allen Mitteln priorisiert. Dieses geschah, statt durch öffentliche Politik, Finanzinstrumente und Steuervergünstigungen Alternativen zu bieten, die Mietwohnungen für alle- unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht-, sichern könnten.

Das Ziel der Wohnungspolitik sollte Wohnraum für alle – und nicht Wohneigentum für alle sein.

**Wohnungspolitik ist eine nationale Kompetenz**

Die derzeit geltenden EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen, insbesondere Erwägungsgrund 11 der Beihilferegelung, zwingen Mitgliedstaaten im Zuge der Durchsetzung der Binnenmarktregeln, Zugang zu sozialen und bezahlbaren Wohnraum ausschließlich auf sozial benachteiligte Gruppen zu begrenzen, während die Bedürfnisse der anderen Bevölkerungsgruppen weitgehend vernachlässigt werden. Eine derartige Auslegung der Rechtsvorschriften leugnet die Tatsache, dass bezahlbarer Wohnraum aufgrund des Versagens der Wohnungsmärkte ebenfalls für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen nicht mehr verfügbar ist.

Die Definition der Rolle des sozialen und bezahlbaren Wohnungsbaus ist eine Aufgabe, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten verbleiben muss, einschließlich der Festlegung der Vergabekriterien und der Zielgruppe.

EU und EFTA-Mitgliedstaaten sollten nicht durch die Anwendung der EU-Beihilferegelungen gezwungen sein, mit begrenzten Alternativen im Kampf gegen Segregation und Ghettoisierung vorlieb nehmen zu müssen. Die Förderung des sozialen Zusammenhaltes und des urbanen Mix bedarf einer breiten Vielfalt von sozialen und bezahlbaren Wohnprojekten, angepasst an spezifische lokale und regionale Bedürfnisse. Sozialer und bezahlbarer Wohnraum sollte breiten Schichten der Bevölkerung, und nicht nur einer begrenzten Zielgruppe zugänglich sein. Demzufolge müssen die EU-Beihilferegeln in Bezug auf die Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) entsprechend angepasst werden.

Das Subsidiaritätsprinzip sollte im Bereich der sozialen Wohnraumförderung strikt durchgesetzt werden.

**Mieterrechte als Verbraucherrechte schützen**

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Die Rechte der Mieter als Verbraucher auf dem Wohnungsmarkt müssen im Fokus einer guten Wohnungspolitik stehen, weil sie die schwächere Partei sind. Infolgedessen sollten Mieter nicht einem schwächeren Schutz als andere Verbraucher unterliegen. Da Wohnen ein Grundbedürfnis ist, sollten Mietern nicht die gleichen Rechte wie diejenigen anderer Verbraucher verweigert werden. Verträge sollten in einer transparenten, klaren und verständlichen Sprache abgefasst sein. Vertragsklauseln sollten so formuliert sein, dass sie der durchschnittliche und gut informierte Verbraucher verstehen kann. Mieter sollten in diesem Zusammenhang das Recht haben, Vorschriften die unfair, im Kleingedruckten oder in einer unverständlichen Sprache geschrieben sind, anzufechten.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) führt in Artikel 11 die Vereinigungsfreiheit als Menschenrecht auf. Die Europäische Union erachtet diese Rechte und Freiheiten als Grundrechte. Im Einklang mit der EMRK haben Mieter Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Trotz dieser Grundrechte erfahren viele Mieter einen starken Widerstand, sich in Mieterverbänden zu organisieren und kollektiv zu verhandeln. Das Europäische Parlament sollte Verbraucherrechte mit Bezug auf faire Behandlung auf dem Wohnungsmarkt stärken, sowie den Einfluss der Mieter auf ihre Wohnverhältnisse und ihre Nachbarschaft unterstützen.

Der Missbrauch internationaler Internetplattformen für die Kurzzeitmiete zu rein kommerziellen Zwecken gefährdet die Mieterrechte in touristischen Regionen und Städten. Stadtplanung und geltende Gesetze sollten in der Sharing Economy beachtet werden, um eine „Touristifizierung“ und die kommerzielle Ausbeutung der Innenstädte auf Kosten der Einwohner zu vermeiden.

Mieter sind Verbraucher auf dem Wohnungsmarkt- und sie sollten in Bezug auf ihre Verbraucherrechte starken Schutz genießen.

**Energieeffizienz ist ein wichtiger Bestandteil guten Wohnens**

Die Energiekosten machen für viele Haushalte einen erheblichen Teil der Lebenshaltungskosten aus. Aus einer Vielzahl von Gründen sollte der Energieverbrauch reduziert werden. Bei der Vorstellung des Energie-Winterpakets erklärte die Kommission, dass die EU nicht nur die globale Umstellung auf saubere Energien befürwortet, sondern diese Entwicklung anführen will. Wir brauchen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, um den Klimawandel zu stoppen, die Versorgungssicherheit in Europa zu erhöhen und den Import von Gas zu reduzieren. Die Lösung dieser Probleme wird zu einer besseren Luftqualität beitragen und den Europäern ein gesünderes und bezahlbares Zuhause bieten. Kosten und Belastungen im Zusammenhang mit Renovierungen von Wohngebäuden, die auf Energieeffizienzparametern basieren, sollten jedoch auch gerecht verteilt sein, um den Unterschieden zwischen den sozialen Gruppen entgegenzuwirken.

Derzeit besteht die große Herausforderung darin, den Zugang zu energieeffizienten Wohnungen nicht nur denjenigen zu ermöglichen, die es sich leisten können, sondern auch denjenigen, die es nicht können. Da die EU Energieeffizienzmaßnahmen fördert, muss auch berücksichtigt werden, dass die Wohnbedingungen und Energiesysteme in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind und die Details in jedem Mitgliedstaat am besten ausgearbeitet werden können.

Energieeffizientes Wohnen geht uns alle an. Obwohl das Subsidiaritätsprinzip im Energiesektor strikt durchgesetzt werden sollte, sollten EU-Finanzmittel bei Bedarf zur Verfügung stehen.

|  |
| --- |
| Der Internationale Mieterbund (IUT) ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige, globale Dachorganisation für Mieterorganisationen. Sie wurde 1926 in Zürich gegründet. Seit 1956 hat die Zentrale der IUT ihren Sitz in Stockholm, seit 2008 und ein Verbindungsbüro der EU in Brüssel. Die Organisation besteht aus 72 nationalen und regionalen Mieterorganisationen in 47 Ländern und wird durch Mitgliedsbeiträge finanziert.  IUTs Ziel ist es:  • den Informations- und Wissensaustausch zwischen seinen Mitgliedern fördern,  • Wahrung der Interessen der Mieter und Förderung von bezahlbaren und menschenwürdigen Mietwohnraum auf der ganzen Welt. Das IUT ist eine nichtparteigebundene politische Organisation, die nach demokratischen Grundsätzen arbeitet.  IUT betrachtet das Recht auf Wohnen als grundlegendes Menschenrecht. Die Frage des Wohnens muss lokal, national und international angesprochen werden. Bezahlbares und sicheres Wohnen ist einer der Garanten für Frieden und Sicherheit, eine grundlegende Säule in allen demokratischen Gesellschaften und notwendig für die Mobilität der Arbeitskräfte. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Obdachlosigkeit sind wesentliche Bestandteile der sozialen Ausgrenzung. [www.iut.nu](http://www.iut.nu) |